

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 3.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Engertragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftskontenrate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 19. Januar 1907.

Verlag: A. Pohrberg, Hannover, Münst. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münst. 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. H. W. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 3. Wochenbeitrag fällig.

Zur Reichstagswahl!

Die Scharfmacherorganisationen legen ihren Mitgliedern eine Sondersteuer von 1 Mark pro beschäftigten Arbeiter auf, um die „nationalen“ Parteien im bevorstehenden Wahlkampf zu unterstützen.

Das muß die Arbeiter veranlassen, ihre Tätigkeit und Opferwilligkeit für die Sozialdemokratie zu verdoppeln, damit diese Interessenpolitiker am 25. Januar die richtige Antwort auf ihr gemeingefährliches Treiben erhalten.

Vor der Entscheidung.

In wenigen Tagen finden die Wahlen zum Reichstage statt; da wollen wir noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß es für jeden wahlfähigen und wahlberechtigten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unabweisbare Pflicht ist, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wir sind keine politische Partei und binden unsere Mitglieder an kein politisches Programm, können deshalb auch niemand zur Wahl eines bestimmten Kandidaten zwingen. Wir können aber von jedem Mitgliede verlangen, daß es seine Stimme nur solchen Männern gibt, deren Person und Parteistellung dafür bürgen, daß sie die Interessen der Arbeiter in der gesetzgebenden Körperschaft vertreten.

Wir haben als Gewerkschaftler ein ganz eminentes Interesse daran, daß im Reichstage Männer sitzen, die nicht, sei es aus persönlichen, sei es aus Partei- oder Klasseninteressen, Gegner der Arbeiterorganisationen sind. Die Versuche, durch gesetzliche Maßnahmen die Bestrebungen der organisierten Arbeiter zu hindern, wie sie in dem vorläufig beseitigten Anti-Gewerkschaftsgesetz ihren markantesten Ausdruck fanden, werden wiederkehren, und da ist es notwendig, ehrliebe, konsequente Arbeitervertreter im Reichstage zu wissen und nicht jene Zweckmäßigkeitsspekulanten, deren oft fragwürdige Arbeiterfreundlichkeit nicht dem Menschen, sondern dem Wähler gilt. Eine kurze Zusammenstellung unserer Forderungen wird uns zeigen, wo die Vertreter unserer Interessen zu suchen sind.

Wir verlangen gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau der Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze und unbefristete Koalitionsfreiheit. Die einzige Partei, die rücksichtslos für diese unsere Forderungen eintritt, ist die Sozialdemokratie. Das Zentrum bekämpft die Organisierung der Landarbeiter und ist gegen das Koalitionsrecht für dieselben, der Freisinn will die Selbstverwaltung in den Krankenkassen beseitigen, und den übrigen Parteien ist aller Arbeiterschutz ein Grauel.

Wir fordern Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ohne einschränkende Kautelen, ferner Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, Arbeitsämter und Arbeiterkammern. Die Sozialdemokratie erhebt dieselbe Forderung.

Wir bekämpfen die Schikanen, die den gewerkschaftlichen Organisationen bereitet werden, die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und die willkürliche Auslegung der Gesetze bei Lohnkämpfen usw. Die Sozialdemokratie hat uns in diesem Kampfe noch stets unterstützt.

Wir bekämpfen den Lebensmittelwucher der Agrarier, die indirekten Steuern und die Verschwendung des Verkehrs durch steuerpolitische Maßnahmen. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten finden wir unter den politischen Parteien ehrliebe Bundesgenossen in diesem Kampfe nicht.

Wir protestieren dagegen, daß die dem deutschen Volke durch eine verreckte Zollpolitik abgepressten Millionen verwendet werden, um aus einer afrikanischen Sandwüste ein Absatzgebiet für Kruppsche Nordwerkzeuge und eine Zummehstätte für degenerierte Sprossen deutscher Bourgeois zu machen. Nur eine Partei bekämpft rücksichtslos diese Nord- und Eroberungspolitik, es ist die Sozialdemokratie.

Es zeigt sich also, daß unsere Aufforderung, Männer zu wählen, die die Interessen der Arbeiter vertreten, gleichbedeutend ist mit der Aufforderung, sozialdemokratisch zu wählen. Auch diejenigen Arbeiter, die auf dem Boden unserer heutigen Gesellschaftsordnung stehen und glauben, daß die Lage der Arbeiter nur im Rahmen dieser „Ordnung“ gebessert werden kann, müssen sozialdemokratisch wählen, wenn sie ihre eigenen Interessen nicht mit Füßen treten wollen.

Alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, haben die Interessen der Arbeiter bei der einen oder anderen Gelegenheit zugunsten der Interessen anderer Klassen, oft auch nur Klüngen, verraten. Wenn ihnen trotzdem ein Arbeiter seine Stimme gibt, so gilt für ihn das geflügelte Wort:

Nur die allergrößten Kälbcr wählen ihre Metzger selber.

Jubiläums-Betrachtungen.

Vor wenigen Wochen feierte Deutschlands „nationale“ Presse mit viel Aufwand an Druckerwärze das Jubiläum einer Kaiserrede. Nicht einer Kaiserrede schlechthin, denn dann hätten wir der Jubiläen gar viele, sondern jener Rede vom 17. November 1881, in der es hieß:

„Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe (Es ist von Heilung der sozialen Schäden die Rede!) von neuem ans Herz zu legen und würden mit mir so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung schließlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellung. In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung derselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, die sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können.“

Vom Bürgertum wurde diese Rede damals als soziale Tat gepriesen, auch Arbeiter gab es genug, die große Erwartungen an diese Rede und an die nebenhergehenden anderweitigen Versprechungen und Andeutungen knüpfen. Die Klassenbewußten Arbeiter aber sahen in dem Projekt das Zuckerbrot, das in Verbindung mit der Peitsche des Sozialistengesetzes die Arbeiter von einer selbständigen Vertretung ihrer Interessen abhalten sollte.

Die Unternehmer machten gute Miene zum bösen Spiel und vertrauten auf ihren Einfluß an den maßgebenden Stellen. Die Sache kam ihnen nicht unverhofft; schon 1879, als der Reichstag die Zollfreiheit für Eisen aufhob und den Doppelzollner mit 1 Mk. Zoll belastete, erklärte der Zentralverband deutscher Industrieller — der selbstverständlich diese 1 Mk. sofort auf seine bisherigen Verkaufspreise aufschlug, daß nunmehr auch etwas für die Arbeiter getan werden könne. Die Unternehmer befristeten eine Verbesserung des Haftpflichtgesetzes und glaubten, durch Schaffung einer Arbeiterversicherung die Kosten der Haftpflicht auf die gesamte Bevölkerung abwälzen zu können. Daß sie dabei von laufenden Beiträgen nicht frei kommen würden, war vorauszusetzen, sie glaubten aber, den größten Teil der Beiträge auf die „tragfähigen“ Schultern, d. h. die Arbeiter abwälzen zu können, und das ist ihnen ja auch, abgesehen von der Unfallversicherung, gelungen. Das hindert natürlich nicht, daß in allen Unternehmerblättern von der maßlosen Belastung der deutschen Industrie durch die soziale Gesetzgebung gefaselt wird. Wie enorm diese „Belastung“ ist, mag nachstehendes Beispiel zeigen.

Die hundert Eisenwerke Deutschlands hatten im Jahre 1904 durch den im Jahre 1879 eingeführten Eisenzoll von 1 Mk. pro Doppelzentner eine Mehrerinnahme von ca. 79 125 270 Mk. An Beiträgen zur Arbeiterversicherung zahlten sie für 35 358 Arbeiter 1 013 330 Mk. für Unfallversicherung, etwa 275 000 Mk. für Alters- und Invalidenversicherung und ungefähr 848 000 Mk. für Krankenversicherung, mithin zusammen 2 136 330 Mk. Sie zahlten also von jeder Mark, die sie durch den Schutz Zoll mehr einnahmen, 2,7 Pfennige für Versicherungszwecke.

Gewiß, wenn man die großen Zahlen liest, mit denen die Unternehmer prunken, macht es den Eindruck, als ob die invaliden und kranken Arbeiter im Golde schwimmen, rückt man aber den Zahlenhaufen auf den Leib und verteilt sie auf die Masse derer, die im Kampfe ums Brot ihre Gesundheit eingebüßt haben und unterstützungsbedürftig sind, so bleiben gar winzige Summen für den einzelnen übrig.

Nachstehende Tabelle zeigt die Summen, die im Jahre 1904 aus Unternehmerbeiträgen für die Versicherung aufgewendet sind.

	Insgesamt pro Jahr	Für jeden Versicherten jährlich	täglich
Krankenversicherung	64 541 212 Mk.	5,65 Mk.	1,54 Pf.
Alters- u. Invalidenversicherung	71 311 906 „	5,18 „	1,42 „
Unfallversicherung	127 308 968 „	6,93 „	1,89 „

Die Rede von der „gesicherten Existenz des Arbeiters bis ins höchste Alter“ wird illustriert durch die „Söhne“ der diversen Renten.

	pro Jahr	pro Tag
für eine Unfallrente	152,49 Mk.	41 Pf.
„ „ Invalidenrente	131,15 „	35,93 „
„ „ Krankenrente	106,95 „	29,30 „
„ „ Altersrente	123,81 „	33,92 „

Es waren demnach zur Deckung der Rentenbeiträge aus Unternehmerbeiträgen, Reichszuschuß, Zinsereinnahmen usw.

aufzubringen pro Tag für jeden Versicherten in der Krankenversicherung 1,54 Pf., in der Unfallversicherung 1,89 Pf. und in der Alters- und Invalidenversicherung 1,42 Pf. Die drei Versicherungszweige umfassen 43 550 846 Versicherungsfälle, die Summe an Entschädigungszahlungen und sonstigen Aufwendungen, die nicht aus Arbeiterbeiträgen gedeckt wurden, stellt sich auf 311 351 150 Mk. oder pro Tag und Versicherungsfall 1,95 Pf.

Für solche glänzende Fürsorge verlangt das Ausbentertum willigen, bedingungslosen Gehorsam und die Freiheit, nach Herzenslust plündern zu dürfen. Nach einer Aufstellung verschiedener industrieller und kaufmännischer Korporationen hat das deutsche Volk bei den diesjährigen Fleischpreisen, gemessen an dem Preisstande von 1897, den Preiswucherern im Jahre einen Tribut von 1 200 000 000 Mk. zu zahlen. Unterstellen wir die Zahl der Erwerbstätigen mit 20 Millionen — 2 Millionen mehr als die Unfallversicherung Personen umfaßt —, dann hat jeder Erwerbstätige zu zahlen an die Vieh- und Fleischwucherer pro Jahr 60 Mk. oder pro Tag 1,644 Pf.; also fast das Dreifache von dem, was für den einzelnen auf Grund der berühmten sozialen Versicherung vom Unternehmertum gezahlt werden muß.

Angesichts dieser Zahlen ist es geradezu unerschämmt, wenn die Unternehmerblätter, allen voran die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, den Ruin der Industrie prophezeien, wenn das Schmecken, pardon, das Automobilitempo der deutschen Sozialpolitik nicht verlangsam wird. Nebenbei haben die Schreiber ihren Zweck erreicht, denn zurzeit steht der Karren der Sozialpolitik vollständig still.

Aber nicht nur das Unternehmertum, sondern auch der Staat ist an den „gewaltigen Opfern“, die für die Arbeiter gebracht werden, beteiligt. Zu jeder Alters- und Invalidenrente steuert das Reich jährlich 50 Mk. bei. Die Gesamtsumme der vom Reich seit Bestehen der Versicherung geleisteten Beiträge beträgt 339 475 377 Mk. Nun wollen aber bekanntlich in letzter Zeit in Deutschland die Einnahmen immer nicht langem, um den unerfülllichen Magen des jüngsten Kindes neudeutscher Weltmachtpolitik zu füllen. Neue Steuerprojekte sind bald nicht mehr zu finden, da muß gespart werden. Und als geeignetes Objekt für ihre Sparversuche betrachtete die Regierung die — Arbeiterversicherung. Die einzige Möglichkeit zu sparen bot die Invalidenrente, denn für die Altersrente ist eine bestimmte Altersgrenze gesetzt und die Krankenrente läßt sich ebenfalls nicht ablehnen. Und da wurde denn auch der Hebel angefaßt.

Von Reichs wegen wurde instruiert und revidiert. Man erklärte, daß man nicht nur festzustellen habe, ob ein Rentner in seinem Beruf völlig erwerbsunfähig sei, sondern man habe auch festzustellen, ob er nicht ein anderes Geschäft erlernen und mit diesem noch etwas verdienen könne. Invalidenrente soll erst dann zuerkannt werden, wenn jede Möglichkeit, wenigstens ein Drittel von dem zu verdienen, was andere Arbeiter verdienen, ausgeschlossen ist. Dabei ist es unerheblich, ob für den neuen Erwerb Gelegenheit vorhanden ist. Mit diesen Instruktionen und Revisionen drückte man dann die Zahl der Ruhebewilligungen im Jahre 1904 auf 140 092, im Jahre 1905 auf 122 869 und im Jahre 1906 auf 112 000 herab und erreichte damit einen Stand, bei dem die absolute Zahl der Rentenempfänger zurückgeht.

Die Summe, welche 1906 bewilligt wurde, entsprach dem Reichszuschuß zu 1 012 945 Renten, der für 1907 geforderte Betrag entspricht einem Reichszuschuß für 996 400 Renten. Also 165 45 Renteneempfänger weniger als im Vorjahre, das ist ein Triumph Bülowscher Sozialpolitik.

Die an den Invaliden gesparten 827 250 Mark können zur Hebung des Ansehens des Deutschen Reiches zu Flottenbauten und zur Förderung von Kolonialpolitik verwendet werden.

Die Finanzlage der Versicherungsträger gebot diese „Sparfamkeit“ nicht. Der Vermögenszuwachs der Versicherungsträger war 1903 76 803 474 Mk. und 1904 76 124 463 Mk.; es erreichte damit der Vermögensstand am 31. Dezember 1904 die Höhe von 1 164 665 831 Mk. Er wird jetzt höher als 1 300 000 000 Mk. sein. Jetzt ist er also schon 300 Millionen Mark höher, als er nach den ursprünglichen Berechnungen am 31. Dezember 1903 sein sollte. Also nur die Finanzlage des Reiches erzwingt diese Sparfamkeit.

Den Invaliden ist mehr entzogen als das Reich gewinnt. Denn jede Rente setzt sich zusammen aus Reichszuschuß, Grundbetrag der Rente im Betrage von 60 Mk. bis 100 Mk. und Steigerungszufüge von 3 bis 12 Pf. für jede Woche, in der Beitrag bezahlt ist. Mit dem Wegfall des Reichszuschusses fällt auch der Betrag fort, den sonst die Versicherungsanstalten bezahlt hätten. Durchschnittlich wird jede Rente 155 Mk. betragen. Der Gewinn des Reiches im Betrage von 827 250 Mk. bedeutet für

Lehrbücher Ergebnis wurden aber noch 4 1/2 Millionen Mark an die Arbeiter übergeben. Der Gehalt der Arbeiter im Jahr 20 Millionen Mark wurde zugewiesen. Die neuen Aktien werden von der Familie Knapp zum Nennwert übernommen; es werden 5 Millionen sofort und 15 Millionen am 31. Dezember zur Einzahlung gelangen. Die Herren Krupp u. Döhlen-Halbach und Vizeminister v. D. Sad wurden in den Ausschüssen gewählt. Das ist eine Steigerung des Vermögens von 35 Prozent gegen das Vorjahr und von 64 Prozent gegen das Jahr 1903/04. Das die Arbeiter eine auch nur annähernd so erhebliche Lohnsteigerung erhalten hätten, ist nicht bekannt geworden, obwohl diese sie zweifellos sehr viel notwendiger bräuteten.

Zur Freiheit der Gewerkschaften in England. Die Verbände, die sich in der letzten Zeit bilden, wird die Legalisierung sehr schwer gemacht. Der Entwurf der Satzungen des Verbandes muß ständige Male zwischen der Kammer des Gouvernementsamtes für Vereinsangelegenheiten und den Organisations- des Verbandes hin- und herwandern, denn immer wieder werden neue Punkte gefunden, die dem Gesetz nicht entsprechen. Endlich sind alle zweifelhaften Punkte geändert, mit dem Gesetz in „Uebereinstimmung“ gebracht, die Satzungen sind genehmigt, und man sollte meinen, daß damit die Scherereien zu Ende sind. Aber weit gefehlt! In der Praxis verhält sich die Sache ganz anders, und die Mitgliederversammlungen, welche nach dem Gesetz einer Erhöhung überhaupt nicht bedürfen, werden von dem Gouverneur systematisch nicht zugelassen, so daß der Verband faktisch nicht existiert. In der letzten Zeit ist der Gouverneur auf ein sehr einfaches Mittel verfallen, um der Bildung von neuen gewerkschaftlichen Verbänden vorzubeugen — er läßt nämlich die konstituierenden Versammlungen der neu zu bildenden Verbände nicht zustande kommen. — **Wien:** Im Bureau des Verbandes der Schneiderarbeiter erschien in der Nacht zum 5. Januar die Polizei, erbrach die Tische und beschlagnahmte sämtliche Dokumente. Der Verband wurde geschlossen. — **Paris:** Nach dem Verbot der Schneider wurden auf Befehl des Generalgouverneurs der Verband der Handlungsgehilfen geschlossen; der Verband umfaßte einige Tausende Handlungsgehilfen, denen es in der letzten Zeit gelungen war, ihren Arbeitgebern bedeutende Zugeständnisse abzuwingen.

Verband der Unternehmer in der Metallbranche zu Petersburg. Kürzlich ist in Petersburg ein offener Verband der Metallfabrikanten des nördlichen Rahmens in der Bildung begriffen. Der Verband hat die Absicht, im Kampfe gegen die Arbeiter das partielle oder volle Aussperrungssystem anzuwenden. Gleichzeitig gründet der Verband einen Versicherungsfonds, indem jedes Verbandsmitglied von seinem jährlichen Einkommen 3 Prozent beisteuert. Solche Organisationen bestehen bereits im zentralen Industriearbeitern, in Warschau, Odessa, Riga usw. Überall ist der Zweck der Kampf gegen die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Das letzte Bulletin des Arbeitsamtes des Staates Newyork veröffentlicht eine interessante Zusammenstellung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Angaben stammen zum meißt aus dem Jahre 1905, von Australien, Italien, Niederlande und Norwegen von 1904. Es betragen:

Land	Zahl der Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder	Mitglieder in Proz. der Gesamtbev.
Der Staaten von Amerika	—	2 000 000	2,64
Großbritannien und Irland	16 213	1 866 755	4,50
Deutschland	14 828	1 822 343	3,23
Frankreich	4 625	781 344	2,00
Italien	3 111	323 099	1,24
Belgien	—	260 102	0,80
Schweden	—	128 700	1,92
Australien	—	105 000	1,22
Dänemark	1 156	90 911	3,71
Ungarn	40	71 173	0,37
Spanien	373	56 905	0,31
Schwiz	618	45 000	1,44
Niederlande	—	37 221	0,73
Neu-Seeland	280	27 714	3,58
Norwegen	—	16 227	0,73

Die Zahlen können natürlich auf unbedingte Genauigkeit keinen Anspruch machen, da zahlreiche Organisationen, namentlich in den Vereinigten Staaten, genaue Zahlen über ihren Organisationsstand nicht veröffentlichen. Immerhin dürfte die Tabelle ein wenigstens annähernd richtiges Bild über die tatsächliche Stärke der Gewerkschaften geben.

Die letzte Spalte der Tabelle zeigt den Prozentsatz der Organisierten an der Gesamtbevölkerung an. Den höchsten Anteil haben die Arbeiter in England mit 4,50 Prozent, den niedrigsten in Spanien mit 0,31 Prozent. Deutschland wird, außer von England, nur noch von Dänemark und Neu-Seeland übertroffen. In England kommt auf 22 Einwohner ein Organisierte, in Dänemark auf 27, in Neu-Seeland auf 28 und in Deutschland auf 31 Einwohner.

Selbstverständlich geben diese Zahlen keinen unbedingt sicheren Gradmesser für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen der betreffenden Länder. Hierfür kommt, da die Mitglieder der Gewerkschaften sich vorwiegend aus Industriearbeitern rekrutieren, der Grad der Industrialisierung in erster Linie mit in Betracht. Eins aber geht aus der Zusammenstellung klar hervor, und das konstatiert auch der amerikanische Bericht: die Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung, die jetzt noch in den Händen der englisch sprechenden Länder liegt, wird voraussichtlich in absehbarer Zeit an andere Länder, vor allen an Deutschland fallen.

Das ist nicht zuletzt ein, wenn auch unfreiwilliges Verdienst des deutschen Unternehmertums, das durch seine blühenden Aussperrungen den Arbeitern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses einpauken hilft. Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Parteinachrichten.

Das Handbuch für Sozialdemokratische Wähler ist jetzt in der Verlage der Buchhandlung Schwann, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, erschienen und ist durch sämtliche Parteibüchereien zum Preise von 2 Mk für das gebundene und 1,50 Mk für das broschurierte Exemplar zu beziehen.

Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die Armee und ihr Budget. — Die Sozialpolitik. — Die Reichsfinanzpolitik. — Die Verneuerung des Brauwesens. — Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. — Bergarbeitergesetzgebung. — Landarbeiter. — Justizwesen. — Handelsrecht. — Die Parteien des Reichstages. — Das Reichslagerwesen. — Wüste für die Agitation.

Das Partei-Korrespondenz, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, sucht möglichst schnell durch Gehalt oder eventuell durch Kauf zu erwerben:

„Berliner Volksblatt“, Jahrgang 1888, 1., 2. und 3. Quartal, Jahrgang 1889, 1. und 2. Quartal, Jahrgang 1890, 1., 2. 3. und 4. Quartal.

Korrespondenzen.

Münster. Auf der Nordischen Ovensfabrik sind Differenzen ausgebrochen, die dazu geführt haben, daß über 20 Kollegen draußen sind. Die Ursachen sind Mord- und Lohnabzüge. Der Betrieb ist gesperri!

Coswig (Anhalt). Herr Tonwarenfabrikant Willendorf versprach im Januar des Vorjahres den bei ihm beschäftigten Einlegern eine Zulage von 25 Pf. pro Ofen. Wie fast immer bei derartigen „Zulagen“, war auch hier die Gewährung an eine Bedingung geknüpft. Es sollten nämlich nur solche Einleger dieselbe erhalten, die ununterbrochen 1 Jahr bei der schweren und gesundheitsgefährlichen Arbeit des Einlegers anhalten. Fünfzehn Gläubiger haben im verfloffenen Jahre diese Bedingung erfüllt und auch täglich die verschärfte „Belohnung“ erhalten. Unlängst ergriffen sie eine derartige Maßnahme nicht weiter wie ein gelungener Trick, durch Einbehaltung eines Teiles des Lohnes die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Herr W. läßt sowieso seine Arbeiter schon 14 Tage auf den verdienten Lohn warten, er sollte sich doch damit zufrieden geben und nicht einjährige Wartezeit einführen. Die Arbeiter aber wählten wir bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß dieses Vorkommnis einen schlagenden Beweis für die Möglichkeit einer Lohn-erhöhung seitens der Firma ist. Denn wenn Herr W. den Einlegern, die ein Jahr bei der mühseligen Arbeit aushalten, 25 Pf. mehr bezahlen kann, so kann er es auch den übrigen bezahlen. Er wird es aber nur dann tun, wenn die Arbeiter einig sind, um sich eine Aufbesserung der gewiß nicht hohen Löhne erlangen zu können. Die Kollegen haben gewiß alle Ursache, durch Anknüpfung an die Organisation für Festsetzung der zahlreichen Mißstände und Zahlung eines den herrschenden Lebensmittelpreisen angemessenen Lohnes zu sorgen.

Weschnheim. Ein Erfolg der Organisation und seine Folgen. Mit dem 1. Januar d. J. ist in den hiesigen Farbwerken eine neue Lohn- und Arbeitsordnung zur Einführung gekommen, die gegen den früheren Zustand zweifellos einen sozialpolitischen Fortschritt bedeutet. Man hat in diesem Betriebe endlich dem moralischen Druck in der Presse und in öffentlichen Versammlungen, sowie durch unsere Propaganda auf die Fabrikation bezüglich der unbilligen Zustände, die dort bislang vorkonstituiert, nachgegeben und sich zu einigen Zugeständnissen gegenüber den Bauarbeitern herbeigelassen. Der Höchstlohn für Bauarbeiter, der bisher 33 Pf. pro Stunde betrug, ist nach der neuen Ordnung auf 45 Pf. festgesetzt worden. Der Anfangslohn für Arbeiter über 22 Jahre beträgt jetzt 31 Pf. Die Arbeitszeit umfaßt 10 Stunden täglich. Durch Einlegung einer 3. Schicht sind die Überstunden erheblich eingeschränkt worden, und bleiben nur bei den Heizen und Maschinenisten sowie bei einigen Handverlern bestehen. Mit dieser Neuordnung des Lohnes und der Arbeitszeit in den Farbwerken sind allerdings nicht alle Arbeiter zufrieden, und besonders die politisch und gewerkschaftlich rücksichtlosen Männer sind absolut nicht mit der Umgestaltung der Dinge abfinden, weil für sie das Überstunden-system zum Bedürfnis und zur Gewohnheit geworden war. Diese Kategorie von Arbeitern hätte am liebsten gesehen, wenn neben der Erhöhung des Stundenlohnes die Überstunden beibehalten worden wären, eine Auffassung, der man leider auch noch häufig bei organisierten Kollegen begegnet. Die maßgebende Vertretung der Arbeiter im allgemeinen ist eine der ersten Forderungen der Gewerkschaften, und es gibt kaum eine Industrie, wo diese Forderung mehr Berechtigung hätte wie in der chemischen. Es muß den Arbeitern der chemischen Industrie zum Bewußtsein gebracht werden, daß nicht mit Überstunden, sondern mit einer weiteren Erhöhung des Stundenlohnes der Verdienst auskömmlich zu gehalten ist. Es ist wohl außer Frage, daß selbst der Höchstlohn von 27 Mk., wie er jetzt vorgelesen ist, nicht ausreicht, eine starke Familie im Zeichen der Fleischnot und der allgemeinen Lebensmittelerhöhung richtig zu ernähren und zu unterhalten. Die hiesigen Farbwerke sind sehr wohl in der Lage, ein weiteres für ihre Arbeiter zu tun, denn selbst wenn sich der Reingewinn um eine Million jährlich vermindern würde, kämen die Herren Fabrikanten noch nicht in pekuniäre Verlegenheit, für sie bleiben immer noch Millionen zur Verteilung. Eine Begleiterscheinung hat die Neuordnung in den Farbwerken geteilt, die allgemein als eine lästige Maßnahme und Bevormundung von den Arbeitern empfunden wird. Es ist dies ein Aussperr- und Angeber-system, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Schon lange, ehe der schrille Pfiff der Dampfheiser morgens den Beginn der Arbeit ankündigt, schleichen in der Dunkelheit die Herren Aufseher, Vorarbeiter und sonstige Günstlinge des Großkapitals vor den Räumen hin und her, um zu erwägen, wer sich verspätet und gegen die heilige Fabrikordnung gesündigt hat. Mit unmaßstäblicher Strenge wird die Arbeitsordnung gehandhabt, jedenfalls in der menschenfeindlichen Absicht, die armen Arbeiter noch mehr wie bisher ihre Abhängigkeit vom Großkapital fühlen zu lassen. Die Zahl der Antreiber und Angeber ist seit dem 1. Januar noch erheblich vermehrt worden durch Schaffung von über 20 neuen Oberarbeitern Stellen, deren Aufgabe es ist, darauf zu achten, daß so intensiv wie möglich gearbeitet wird. Daß mit solchen Einrichtungen das gute Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit nicht gefördert wird, ist selbstverständlich. Erbitterung und Unwillen sind die Folgen solcher Maßnahmen, die meist in das Gegenteil von dem umschlagen, was man mit ihnen bezwecken will. Zu allgemeinen kann behauptet werden, daß der neue Zustand der erhoffte Friedensfühler für die Arbeiter nicht gebracht hat. Der eigentliche Verdienst ist derselbe wie früher geblieben und nur die Verteilung der Arbeitszeit bedeutet einen erzwungenen Vorteil. Pflicht aller Arbeiter wäre es nun, der Organisation, der sie allein diesen Anfang zum Besseren verdanken, beizutreten, damit auch in dem Lohnverhältnis ein wesentlicher Fortschritt erzwungen werden kann. Wenn die Fabrikation jetzt zu einem Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterwünschen gelangt ist, so darf ohne Uebertriebung gesagt werden, daß man nur dem Druck der Organisation, nicht dem eigenen Erziehe nachgegeben hat.

Frankfurt. Geradezu miserabel werden die Eisarbeiter von den drei hiesigen großen Brauereien bezahlt. Für eine Arbeitszeit von 10—12 Stunden einschließlich der Pausen werden 1,60 bis 1,80 Mark Lohn bezahlt. Während nun zwei Brauereien der Forderung der Arbeiter, den Lohn zu erhöhen, nachkommen und 10 bis 12 Pf. pro Tag zulegen, lehnte die Brauerei von Bruhn u. Froese die Forderung rundweg ab. Herr Bruhn, der auch Stadtrat in Frankfurt ist, erklärte auf den Hinweis der Arbeiter, daß bei der jetzigen Lebensmittelerhöhung ein Auskommen mit den bisherigen Löhnen nicht möglich sei. „Wer für den Preis nicht arbeiten will, geht zu Hause, Zulage gibt's nicht.“ Die Herren arbeiten dann selber bei der Eisgewinnung, nehmen die Herren Brauereiarbeiter und — Schulkinder zu Hilfe. Möglich, daß die Kinder „possehalber“ beim Eiseln helfen haben, aber die Herren sollten doch wissen, daß auch dann die Beschäftigung der Kinder verboten ist. Von einem Stadtrat sollte man doch wenigstens Kenntnis verlangen können. Daß die Forderung der Arbeiter berechtigt ist, wird jeder vernünftig denkende Mensch zugeben müssen, denn bei den jetzigen Lebensmittelpreisen ist ein „Lohn“ von 1,60—1,80 Mark ein Betrug, aber kein Lohn. Und wenn die Herren den ständigen Beamten eine Teuerungszulage geben, dann sollten sie ihren miserabel entlohnten Arbeitern erst recht eine solche bewilligen. Statt dessen wurde in derselben Sitzung ein Antrag, den Arbeitern angesichts der Teuerung den Lohn von 1,20 auf 1 Mk. herabzusetzen, abgelehnt. Am 25. Januar werden die Arbeiter den Herren die gefährliche Antwort geben!

Stettin. Eine eigenmächtige Handlungsweise eines Arbeitgebers. Der Arbeitsvertrag unseres Verbandes mit dem hiesigen Hartseifenfabrikanten Strube war am 1. Januar d. J. abgelaufen. Trotz aller Verhandlungen war Herr Strube nicht zu bewegen, einen neuen Vertrag abzuschließen. Er war dazu schon bereit, wollte ihn aber selbst aufsetzen. Das ist denn auch geschehen. Da sich aber eine Anzahl Arbeiter weigerte, den Vertrag zu unterschreiben, wurden sie einfach auf Pflaster geworfen. Bedenken kann man es aber den Leuten wahrhaftig nicht, wenn sie dieses Konstrukt von einem Vertrag, den sie, nebenbei bemerkt, nicht einmal in die Hände bekommen (er wird ihnen nur vorgelesen), nicht unterschreiben. Die Hartseifenfabrikation ist für die Arbeiter eine höchst anstrengende und gesundheitsgefährliche Tätigkeit, und da heißt dieser Herr an seine Leute die Zumutung, eine zwölfstündige Arbeitszeit, unterbrochen durch eine Viertelstunde Frühstück, 1 Stunde Mittags- und eine Viertelstunde Vesperpause, zu akzeptieren. Damit allein gibt sich aber Herr Strube nicht zufrieden. — Um sich nämlich die Arbeiter für das ganze Jahr zu sichern, sollen ihnen von ihm schwerer verdienten Löhne allwöchentlich 3 Mk. einbehalten werden. Diese Summe von 156 Mk. pro Jahr wird zu Weihnachten ausbezahlt, und zwar ohne Zinsen, wenigstens sagt der „Vertrag“ unseres Wissens nichts davon. Wenn nun ein Arbeiter innerhalb dieser Zeit die Arbeit ohne triftigen Grund verläßt, so erhält er diesen einbehaltenen Lohn nicht zurück. Was als triftiger Grund gelten soll, wird nicht gesagt. Man weiß aber aus Erfahrung, wie es gemacht wird, um einen Arbeiter loszuwerden. — Um die Kraft der Arbeiter aufs äußerste anzuspannen und recht viel Profit herauszuschöpfen, hat dieser Arbeitgeber weiter ein sehr feines Prämiensystem ausgedacht, d. h. wir spürten einmal beleuchtet werden. Für heute läßt er sich gelagert sein, ihr Arbeiter von Ziel und Umgebung, und vor allem ihr Hartseifenarbeiter, daß, was dieser Herr seinen Arbeitern heute bietet, werden eure Arbeitgeber euch vielleicht morgen bieten. Dem einen Darum entgegen, müßt ihr euer eifriges Bestreben sein. Vereinzelt verurteilt, ihr natürlich nichts dagegen, dieses kann nur verhindert werden, wenn ihr eine große geschlossene Masse bildet. Darum organisiert euch, tretet ein in unseren Verband, laßt endlich einmal ab von eurem alten Scheinbräutigam, bei welchem die Arbeitgeber euch das Fell über die Ohren ziehen, und ihr werdet sehen, daß es möglich ist, auch für die ungeliebten Arbeiter menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Leipzig. Sonntag, den 6. Januar, tagte im Verkehrslokale unsere ordentliche Generalversammlung. Aus dem Berichte des 1. Bevollmächtigten, Kollegen Gröschel, ist zu ersehen, daß die Tätigkeit der Ortsverwaltung eine sehr rege war, fanden doch 12 ordentliche und 3 außerordentliche Mitgliederversammlungen, 16 Betriebsversammlungen, 21 Verwaltungs- und 12 kombinierte Sitzungen — teils mit den Köpfern und teils mit den Holzarbeitern — und 4 öffentliche Versammlungen statt. Die Mitgliederbewegung war in Lauf eine aufwärtsstrebende, und beträgt der Stand gegenwärtig 160 männliche und 40 weibliche, gegen 76 und 18 im Vorjahre. In Rücksicht auf die Lage der Gewerkschaften in Leipzig, die sich in den letzten Jahren sehr verbessert haben, und die Kollegen nur einmal sich aufsummierten würden und erkennen, daß nur durch die Organisation ihre traurige Lage verbessert werden kann. Denn, Kollegen, ihr habt wieder gesehen, daß eure Hoffnung, der königlich bayerische Kommerzienrat Konrady werde freiwillig die 10stündige Arbeitszeit und Lohnherabsetzung von 2 Pf. die Stunde einführen, ins Wasser gefallen ist. Was bedeutet es für den mehrfachen Millionär und Großindustriellen, wenn er, um eine Unlageerhöhung für seine Arbeiter, speziell für die Gemeinde Rötzenbach, zu verhindern, 12 000 Mk. dem Gemeindefiskus schenkt und seine Arbeitslöhne 11 bis 12 und noch mehr Stunden pro Tag um einen Stundenlohn von 20 bis 28 Pf. kürzen läßt. Kollegen, wäre es nicht besser, wenn Herr Konrady angesichts der herrschenden Lebensmittelerhöhung eine angemessene Lohnherabsetzung gewährt hätte? Wäre es nicht besser, wenn ihr alle 8 statt alle 14 Tage euren fauer verdienten Lohn erhalten würdet? Von den übrigen Mißständen im Betriebe, welche ebenfalls abgeklärt werden können, ganz zu schweigen. Es ist für den Herrn Kommerzienrat natürlich sehr schmeichehaft, wenn er in den bürgerlichen Blättern als großer „Wohltäter“ für seine Arbeiter gepriesen wird, wie es aber in Wirklichkeit ausbleibt, wißt ihr am besten. Darum hinein in den Fabrikarbeiterverband, denn nur durch diesen könnt ihr vorwärts kommen. Seht das kleine Häuflein eurer Kollegen, die im Orte trotz aller Nachschichten standgehalten haben, und nehmt euch ein Beispiel daran, es ist höchste Zeit. Aus demassenbericht ist zu sehen, daß die Einnahmen für die Hauptkasse 1947,99 Mk. betragen. An Erwerbslosenunterstützung wurden 389,70 Mk. und für Streit, Maßregelung und Rechtschutz 463 Mk. ausbezahlt. An die Hauptkasse wurden 1095,29 Mk. gelangt. Die Kassa schließt ab mit 663,55 Mk. Einnahme, 455,47 Mk. Ausgabe, Bestand 208,08 Mk. Auf Antrag der Kollegen, die beständigen, die Bücher, Belege und Kasse stets in bester Ordnung waren, wurde dem Bevollmächtigten einstimmig Entlastung erteilt. Als Bevollmächtigter werden hierauf die Kollegen Fritz Gröschel als 1., Karl Scharrer als 2. und Konrad Gert als 3., als Revisoren die Kollegen West, Albert und Kuntze in Vorschlag gebracht. — Des weiteren wurde beschloffen, alle Mitglieder, welche länger wie 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind und trotz Aufforderung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, unbedingt auszuschließen. Auf Grund dieses Beschlusses wurden die früheren Kollegen Georg Scharrer, Schmidt, Adler und Albrecht ausgeschlossen. Nach einem kräftigen Appell an die Kollegen, auch fernherhin für den Verband zu wirken und zu agitieren, schloß Kollege Gröschel die gutbesuchte Versammlung.

Leipzig. Im nachstehenden soll es unsere Aufgabe sein, in gedrängter Form Bericht über die Tätigkeit der Gesamtverwaltung zu geben. Das Jahr 1906 war so reich an besonderen Aufgaben für unsere Organisation am Orte, daß wir an dieser Stelle nur die wichtigsten Momente herausschöpfen können. Es ist charakteristisch für das Wesen unseres kapitalistischen Produktionsweise, daß in Zeiten der Hochkonjunktur die Arbeiterschaft gezwungen ist, die erbittertsten Kämpfe zu führen. Ein Beweis dafür ist die im Frühjahr 1906 einsetzende Lohnbewegung in fast allen Industriezweigen des In- und Auslandes. In Deutschland war es besonders die vom Metallarbeiterverband eingeleitete Lohnbewegung der Former und Gießereiarbeiter, die als Vorwand zu einer allgemeinen Aussperrung in der Metallindustrie dienen sollte. Bei dieser Bewegung waren unsere Kollegen in einer Reihe von Betrieben in Mitteldeutschland gezogen, sowie auch bei den mit hartnäckiger Ausdauer geführten Kämpfen der Steinbrüder und Buchbinder. Auch bei partiellen Streiks der verschiedensten Berufsgruppen mußten unsere Kollegen ihre Solidarität bekunden, so bei den Streiks in der Schiffsfabrik von Barchard, in der Leipziger Baumwollspinnerei, in den Polypenwerken und beim Streik der Schmiede in der Weltfirma Sad. Zu einem Abwehrstreik kam es in der Gummiwaren-Fabrik von Pp. Penin infolge größerer Abzüge an den Akkord-Löhnen. Doch konnte der Streik nicht zu Ende geführt werden, da sämtliche Kollegen der betreffenden Abteilung anderweitig Arbeit gefunden hatten. Die Tarifbewegung der Eisenerbeiter, deren Ergebnis wir in der Nr. 30 des „Proletarier“ eingehend gewürdigt haben, wurde abgebrochen, weil ein Teil der Unternehmer auf den bekannten Trick verfielen, ihren Arbeitern freiwillig eine Lohnzulage zu gewähren, allerdings unter dem Druck der Organisation. Der Streik der Steinbrüder bei der Firma Bruno Preiser in Heutzig und Brandis ist für unsere Kollegen erfolgreich beendet worden. Es war ein eschwendlicher Kampf, der auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt worden ist. Unablässige Arbeiter wurden in Massen einquartiert. Für Herrn Preiser waren Agenten in Böhmen tätig. Ununterbrochen trafen Arbeitswillige ein; die tätigsten Kräfte davon reisten sofort wieder ab, und nur sehr fragwürdige Elemente ließen bei Herrn Preiser zurück. Es scheint ihm doch zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß eine bodenständige Industrie ohne einen festen Stamm von hiesigen Arbeitern nicht bestehen kann, vielleich war er auch seines Lebens nicht mehr sicher, denn Arbeitswillige, die nur 6 und 7 Mark Lohn ausbezahlt bekommen, trotzdem 40 Mark Vorkosten versprochen worden war, drohten ihm mit Entweichen und waren ihm die Fenster seiner Villa ein. Nach einiger Unterhandlung, die resultatlos verliefen, zeigte er auf einmal ein ganz anderes Gesicht, als er sah, daß die Arbeiter fest blieben. Es tauchten nur noch 7 Mann von 110 in Betracht; die übrigen hatten

Bei der günstigen Konjunktur im Steingewerbe anderweit Unterkunft gefunden.

Die Sektion der Zementarbeiter, deren Tarif am 1. April abgelaufen war, trat zwecks Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Unternehmern in Unterhandlung, eine Einigung wurde nicht erzielt, so daß der Streik unvermeidlich wurde.

Durch die Maßfahrungsperre wurden unsere Kollegen in 11 Betrieben in Mitleidenschaft gezogen. Das Resultat für die davon Betroffenen war 383 Tage Arbeitslosigkeit.

Auch an die für die Interessen der Organisation eingetretenen und von den Unternehmern gemäßigten Kollegen, 16 an der Zahl, sei hier gedacht. Besonders hervorheben wollen wir das Verhalten des Rates der Stadt Leipzig anlässlich des Streiks bei der Düngr-Exportgesellschaft, wo der Rat 22 städtische Schiffsleute der Gesellschaft zur Verfügung stellte.

Daß vielfach die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetze von den Unternehmern umgangen werden, soll nicht unerwähnt bleiben. Die Beschaffung von Speise, Garderobe, Waschräumen, Abortanlagen usw. erfolgte erst, nachdem die Organisation die Unternehmern an ihre Pflicht erinnerte.

Die Fluktuation unter den Mitgliedern ist immer noch eine große, wie an folgender Tabelle zu ersehen ist:

Quartal	Eintritte	Austritte
1.	585	107
2.	417	314
3.	382	200
4.	181	280
	1565	901

Bestand am 1. Januar 1907 2400 Mitglieder.

Vorliegenden Bericht unterbreiten wir den Kollegen mit der Überzeugung, die Entwicklung der Organisation nach besten Kräften gefördert zu haben. Wir haben einen sehr feinsten Boden zu bearbeiten. Verständnisse sind nicht ein großer Teil der Kollegen den wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber, indifferent gegen alles, was Arbeiterbewegung heißt.

In diesem Sinne mitzuwirken, muß die schönste Aufgabe jedes Mitgliedes sein, darum sei auch für das Jahr 1907 unsere Parole: Vorwärts unter dem Banner der Organisation! R. S.

Verfassungsberichte.

Breslau. Am 3. Januar fand bei Herrn Witte-Berlin, Brunnstraße 188, ein vom Verband der Fabrik-, Land-, Häfen- und Arbeitervereine angeregter Schweizer-Veranstaltung statt. Die Veranstaltung wurde etwas verspätet, weil das Verammlungs-Ordnung der Polizei beanstandet wurde. Da nun in dem anderen Verammlungs-Ordnung die Wahlberechtigte Stimmgewalt eine Wahlberechtigung abgab, eine man hat dafür, daß der Wahlberechtigte seine Stimmgewalt nicht abgibt, sondern sie für die Wahlberechtigten zu gebrauchen. Der Vorsitzende Herr Witte-Berlin, der Vorsitzende der Fabrik-, Land-, Häfen- und Arbeitervereine, sprach über die Bedeutung der Schweizer-Veranstaltung, die man bei jedem Festen ihrer Art anstellen sollte. Von den Schweizer-Veranstaltungen waren erschienen: der Sennerverband, vertreten durch Herrn Senner, der Deutsche Stahlhewer-Verband durch Herrn Senner, der Verein der Fabrik-, Land-, Häfen- und Arbeitervereine durch Herrn Witte-Berlin. Auch war Herr Senner, der Vorsitzende der Fabrik-, Land-, Häfen- und Arbeitervereine, erschienen. Die Schweizer-Veranstaltung ist ein sehr wichtiger Schritt in der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Sie ist ein Schritt in die Richtung der Selbstverwaltung der Arbeiter. Sie ist ein Schritt in die Richtung der Selbstverwaltung der Arbeiter. Sie ist ein Schritt in die Richtung der Selbstverwaltung der Arbeiter.

endlich mal eine richtige Organisation unter die Schweizer kommt. Ich glaube auch, daß ich durch diese meine Rede von meiner vorgelegten Behörde einen Rüssel erhalten werde, auch wird mir vielleicht meine Stellung gekündigt werden, aber ich habe die jetzt mein Wort verdient und werde es auch weiter finden. Herr Reichold vom Deutschen Stahlhewer-Verband schloß sich an. Eine Reihe von Aufnahmen für den Verband bewiesen, daß die Worte des Referenten auf guten Boden gefallen waren. Die Schweizer seien ein, daß sie sich gegen die doppelte Ausbeutung durch Arbeitgeber und Stellenvermittler wehren müssen und daß diese Abwehr nur möglich ist, wenn sie in einer modernen, gewerkschaftlichen Organisation zusammengefaßt sind.

Kornweihen. Sonntag, den 6. Januar, fand unsere Hauptversammlung statt. Kollege Florus hielt einen höchst interessanten Vortrag über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Die Diskussionsredner beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Antrage betr. Verschmelzung unserer Zahlstelle mit Camstatt. Koll. Florus und Koll. Stadt-Juffenhäuser traten energisch für die Verschmelzung ein, die denn auch mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen wurde. Die Neuwahl der Bevollmächtigten und Revisoren ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Leitung.

Lauban. Am 9. Januar tagte hier eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung, welche von ungefähr 60 Personen besucht war. Der letzte Besuch war darauf zurückzuführen, weil am selben Abend eine konservative Wählerversammlung stattfand und die Arbeitererschaft glaubte, sich das laubische Zeug, was dort zum Vortrag gebracht wurde, anhören zu müssen. Gausleiter Joppich-Brestlau sprach in längerer Ausführungen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Die elende Lage der Zieglerarbeiter und der Arbeiter, welche in den Stärkefabriken für lange und schwere ganze 2 1/2 Stunden täglich fronden müssen, unterzog Redner einer eingehenden Kritik. Dann charakterisierte er treffend die Verhältnisse in der Chamottefabrik von Knoch zu Wüstenhagen, wo den Arbeitern eine in echt preussischem Unteroffiziers-Abgefaßte Arbeitsordnung auferlegt wird, nach der den Arbeitern der halbe Wochenlohn gelohnt werden kann, wenn sie sich einer auch mit einer Kleinigkeit zuschreiben können. Dies ist aber nur dann möglich, wenn der Unternehmer weiß, daß er eine gleichgültige Arbeitererschaft vor sich hat. Darum müsse jeder einzelne der Organisation beitreten, nur auch in Lauban den Fabrikarbeitern bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion war eine kurze und bewegte sich im Rahmen des Referats. An den Laubener Arbeitern wird es nun liegen, weiter kräftig zu agitieren, damit jeder einzelne dem Verbande beitrete. Das erste Duzend Kollegen ist gewonnen, und die Hunderte, welche in den Chamottefabriken, Stärkefabriken, Verbleihfabriken und Zieglerfabriken fronden müssen, mögen ihre Aufnahme beim Gen. Schöne vollziehen, damit es vorwärts geht. Vorwärts durch Kampf zum Ziel.

Leipzig. Mittwoch, den 9. Januar, fand im Volkshaus unsere diesjährige Hauptversammlung statt. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Heßelbarth, den Kassenbericht Kollege Wobbenstein. Der Bericht fand allseitige Anerkennung, was die anwesenden Kollegen durch einstimmige Annahme bestätigten. Des näheren verweisen wir auf den Geschäftsbericht im „Proletarier“. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde beschlossen, die Verwaltung zur Beschaffung von Bureauutensilien, Schreibmaschine und Vertriebsapparat 1000 Mark zur Verfügung zu stellen. Den freitenden Kollegen in Frankfurt wurden 100 Mark und den Wahlfonds zur Reichstagswahl 300 Mk. überwiesen. Zum Schluss richtete der Vertrauensmann Kollege Schumann einen Appell an die Kollegen, am Wahltage nur einen Sozialdemokraten zu wählen. Das Bureau bleibt am Wahltage geschlossen.

Mainz. Am Sonntagmorgen um 3 Uhr fand im „Goldenen Pfing“ eine Mitglieder-Versammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Reuter, warf einen gutdurchdachten Rückblick auf das verlossene Jahr und richtete zum Schluß an die Kollegen die Aufforderung, sich in diesem Jahre mehr wie jeher an dem allgemeinen Verbandsleben zu beteiligen. Den Rechenschaftsbericht für das 4. Quartal 1906 erstattete der Geschäftsführer Kollege Winkler. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Zahlstelle Mainz durch die Agitation des Geschäftsführers vom 15. November 1906 92 Neuzugewinnungen zu verzeichnen hat. Wenn man die ungenügende Agitationsleistung (November und Dezember) zur Geminnung von Verbandsmitgliedern in Betracht zieht, so muß man den Erfolg als günstig bezeichnen. Winkler wurde auf Antrag der Revisoren Löscher ersucht. In der Diskussion sprachen noch einige Kollegen ihr Bedauern darüber aus, daß sich die Kollegen von der Zahlstelle Breckenheim und Hachshelm noch nicht der Zahlstelle Mainz und Umgebung angeschlossen haben und sich dadurch den Verbandsbeschlüssen widersetzen. Es soll den Betroffenen noch kurze Zeit bis zum freiwilligen Anschluß gelassen werden.

Remscheid. Am Sonntag, den 6. Januar, tagte unsere öffentliche Mitglieder-Versammlung in der Zentralherberge von C. Burg. Aufgenommen wurden 17 neue Mitglieder. Dann gab der erste Vorsitzende einen Bericht über das verlossene Jahr. Für uns, so führte er aus, ist das Jahr ein sehr kampfreiches, aber auch freudreiches Jahr gewesen. Gleich am Anfang des Jahres machte sich unter den Kollegen in dem Eisenhewer-Kampfe die Unzufriedenheit bemerkbar. Die Direktorenverwaltung unterwarf die Angelegenheit und fand, daß hier Membran geschaffen werden müsse. Eine Forderung wurde angeordnet und den Fabrikanten unterbreitet, welche auch, nach einigen Abänderungen, beiderseits anerkannt wurde. Wenn die Kollegen nun glaubten, daß ihren Ansprüchen Rechnung getragen sei, so haben sie sich arg getäuscht. Der Fabrikant versuchte gar bald, die Vereinbarung zu brechen. Die Kollegen waren deshalb im Sommer gewonnen, einen Tag mit den Unternehmern anzuschauen zu müssen. Es kam zum Streik, welcher nach achtstündiger Dauer mit Abbruch eines neuen Schichtens endete. Im Herbst wurde der Requirier wieder geändert, weil die Arbeitszeit anders geregelt wurde. Die Lohnaufhebung beträgt 7 Pf. pro Stunde und die Arbeitszeitverlängerung 1/2 Stunde pro Tag. In anderen Betrieben sind auf gutem Wege Lohnaufhebungen erreicht, in einem Betriebe Lohnaufhebung von 2-3 Pf. pro Stunde und 1/2 Stunde Verlängerung der Arbeitszeit. Auch in den Papierfabriken haben die Kollegen festen Fuß gefaßt und Lohnaufhebungen von 2 Mk. pro Woche erreicht, auch in den Seidwebbetrieben sind gute Erfolge zu verzeichnen. Diese erfreulichen Erfolge sind der Standhaftigkeit und Einigkeit der Kollegen zu verdanken. Das soll uns ein Ansporn sein, noch kräftiger mit Können für die Organisation einzutreten und zu agitieren. Dann wurde dieses Jahr mit einem noch besseren Erfolg abschließen und das vergangene.

Ruhrberg. Die am Sonntag, den 6. Januar, stattgefundene Hauptversammlung war ausnahmsweise derartig gut besucht, daß viele Kollegen und Kollegen keinen Platz mehr finden konnten. Besonders gut vertreten waren unsere Kolleginnen. Der Geschäftsbericht sowohl als auch der Kassenbericht zeigte, daß das vergangene Geschäftsjahr unsere Zahlstelle um einen tüch-

tigen Schritt vorwärts brachte, hat sich doch unsere Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahr mehr als verdoppelt. Daß unsere Kollegen auch für den inneren Ausbau unserer Organisation regen Interesse haben, zeigte die ruhige und sachliche Diskussion bei Erlegung verschiedener wichtiger Angelegenheiten. So wurde u. a. ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß, nachdem der Hauptvorstand es ablehnt, für die größeren Zahlstellen das Kartensystem eingeführt, dies aus Vorkauteln zu vermeiden habe. Die Kollegen gingen dabei von dem Standpunkte aus, daß, wenn man Ordnung und eine gleichmäßige Leitung der Geschäfte von den Bevollmächtigten und Geschäftsführern verlangen wolle, man denselben dann auch das Material zur Verfügung stellen muß, das bereits überall als praktisch anerkannt wurde. Auch der zweite Punkt der Tagesordnung, Neuwahl der Verwaltung, zeigte die Einmütigkeit innerhalb unserer Zahlstelle, wurden doch die als Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagenen Kollegen nahezu einstimmig gewählt. Hoffentlich erfüllt der gute Eindruck, den diese Versammlung auf unsere Kolleginnen und Kollegen machte, im laufenden Jahre seinen Zweck, und er kann ihn erfüllen, wenn alle unsere Mitglieder sich ihrer Pflicht der Organisation gegenüber bewußt sind. Darum auf, Kollegen, zur neuen Arbeit, jeder einzelne muß Agitator sein, dann wird auch das Jahr 1907 uns wiederum einen Fortschritt unserer Organisation bringen.

Pommernsdorf. Sonntag, den 6. Januar, fand unsere Hauptversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Rühlke und Hubert durch Erlesen von den Plänen geehrt. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Zum Verschmelzung mit Steintin, war Kollege Wiefenhütter geladen, aber nicht erschienen. Kollege Lehmann verlas die ihm in dieser Angelegenheit vom Hauptvorstand und dem Hauptvorstand zugegangenen Briefe. Kollege Meidow beantragte Ablehnung der Verschmelzung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hieraus erfolgten die Vorschläge für Bevollmächtigte und Revisoren. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Lehmann und als zweiter Kollege Ulrich vorgeschlagen.

Zur Beachtung!
Auf mehrfach erfolgte Anfragen teilen wir mit, daß die Zahlstelle Frankfurt die Zustimmung zur Vornahme einer Sammlung beim Vorstand weder nachgesucht, noch von diesem erhalten hat.
Der Vorstand.

Verbandsnachrichten.

Vom 8. Januar ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Städtisch 432,36. Barth 421,65. Caputh 350,04. Leipzig 309,23. Kall 253,40. Gildesheim 218,09. Woldegt 185,56. Götlich 167,29. Osterholz-Sch. 115,91. Siegelbach 108,63. Schönlagen 116,90. Königlein 106,50. Neubrandenburg 100,--. Breckenheim 98,61. Catin 87,57. Worbh 84,70. Forst i. S. 61,62. Magdeburg 60,--. Partenstein 20,80. Sandhofen 507,02. Hahn 225,06. Radeberg 147,60. Grevesmühlten 97,62. Juffenhäuser 678,76. Wolmsfeld 413,52. Tegel 358,01. Fürth 303,88. Wilsen a. L. 302,64. Bürgel a. M. 285,02. Detmold 231,80. Wiesdorf 194,20. Wiere 157,94. Kegin 131,74. Niedernobelen 119,03. Götlich 111,30. Gernsdorf 73,44. Meißten 55,23. Ebersdorf 52,44. St. Jughert 21,20. Johannsburg 17,--. Greifswald 8,32. Königsberg 302,18. Glauchau 298,34. Erlner 280,02. Radeberg 14,50. Münschen 2817,80. Magdeburg 2288,07. Motta 958,38. Plauenischer Grund 800,--. Bernburg 637,05. Rielesfeld 472,75. Hirschleben 357,14. Cöslin 306,09. Apentade 212,38. Krefeld 200,--. Einset 169,20. Greifenhagen 156,84. Westerland 81,46. Bernau 75,28. Weiskirchen 47,52. Grmsleben 40,66. Gmund 17,86. Fallersleben 13,--. Schölen i. Th. 10,96. Sandersdorf 6,80. Karlsruhe 926,74. Gienburg (S.-M.) 613,10. Rauen 356,32. Wich 339,62. Pommernsdorf 323,73. Radeberg 209,59. Ladeburg 218,24. Neudamm 200,12. Schwabach 149,52. Schwennigen 130,14. Neu-Jeniburg 101,20. Sulzbach 77,38. Eisenberg (S.-M.) 22,55. Braunschweig 2000,--. Offenbach 751,81. Eichenhofen 448,92. Cöslitz 396,61. Halle a. S. 370,08. Marie 322,20. Wismar 203,50. Neufeld 203,44. Weimar 195,44. Kellinghufen 169,22. Effen 151,42. Wittenberge 131,06. Darmstadt 104,92. Altrip 102,54. Jörbig 65,50. Memel 51,--. Friedland 47,72. Hainhausen 43,60. Sonderburg 40,58. Jarmen 21,30. Jameln 138,31. Charlottenburg 1400,--. Wilhelmshagen 1174,48. Münschenheim 813,95. Schöfel 743,81. Pödeuch 611,84. Wolgast 600,--. Rostau 481,20. Friedrichsfeld 399,06. Brunsbüttelkoog 384,86. Mainz 359,84. Dömitz 327,16. Hartha 314,94. Lauenburg a. E. 281,12. Friedland i. M. 265,19. Erfurt 258,98. Döbeln 241,20. Dietestheim 186,10. Bauen 169,48. Döberleben 166,05. Pölit 154,86. Müllheim 149,10. Schwöningen 100,--. Marktredwitz 32,20. Rheinsberg 24,06. Durlach --,70. Wandsbel 1363,66.

Schluß: Montag, 14. Januar, mittags 12 Uhr.

Folgende Zahlstellen haben die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages erhalten: Catin, 10 Pf. pro Monat und Mitglied. Radeberg, 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

„Lohn-, Unterfügnungsauszahlung!“

Aus verschiedenen Zahlstellen gehen Beschwerden darüber ein, daß die Unterfügnungsauszahlung von der Rechenprüfung keine Extrabeiträge abzweige. Das ist eine große Unbilligkeit! Die Auszahlung ist unbedingt verpflichtet, von allen Unterfügnungen nicht nur die laufenden und rückständigen, sondern auch die Extrabeiträge abzuschießen.

Das Mitglied Wilhelm Kahl, eingetretten am 1. Juli 1905 zu Wilhelmshagen unter Buch-Nr. 86 030, wird ersucht, sofort dem Kassierer, Kollegen Weigert-Wilhelmshagen, seinen Aufenthaltsort mitzuteilen. Falls derselbe sich in einer Zahlstelle aufhält, ist ihm das Buch abzugeben und dem Kollegen Weigert Mitteilung zu machen.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
Nr. 74 514. Richard Schröter, eingetretten am 1. Mai 1906 im Pl. Grund.
Nr. 83 110. Armin Strießer, eingetretten am 12. August 1905 in Weissen.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Schwerin i. M. August Rambov, Teichstr. 584.
Mägeln b. Dresden. Mich. Waltherr, Haidenan, Albertstr. 5.
Wunsiedel. Joh. Prell, Egerstr. 135.

Zahlstelle Frankfurt am Main
Lokalbeamten.
Sonnabend, den 26. Januar 1907, abends 8 Uhr:
Haupt-Versammlung

Zahlstelle Lehrte.
Sonnabend, den 26. Januar 1907, nachmittags 4 Uhr:
Haupt-Versammlung

Leisnig i. S.
Sonnabend, den 20. Januar 1907, nachmittags 3 Uhr:
Haupt-Versammlung.

Zahlstelle Mülheim a. Rhein.
Sonnabend, den 26. Januar 1907:
Haupt-Versammlung

Zahlstelle Alfeld.
Sonnabend, den 26. Januar 1907, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung

Zahlstelle Geesbacht.
Sonnabend, den 19. Januar 1907, abends 8 Uhr:
Haupt-Versammlung